

diagonal

BSPV

www.bspv.ch

Editorial



Peter Bernasconi, Markus Meyer und Matthias Burkhalter sind kompromissbereit. Zryd

Die Karten liegen auf dem Tisch

In der Septembersession des Grossen Rates wurden die Karten offen gelegt: Ein Fortschritt beim Personalgesetz und beim Lehreranstellungsgesetz. Dazu ein Pensionskassengesetz, das noch viele Fragen offen lässt.

Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV

Der Grosse Rat hat die Weichen gestellt für eine zukunftsfähige Personalpolitik. Ob die Versprechungen eingehalten werden, wird sich weisen müssen.

Und schon steht der nächste harte Brocken bevor. Das Sparpaket ASP wird in der Novembersession behandelt. Rund 600 Stellen sollen abgebaut werden. Dies hat Auswirkungen auf zahlreiche Angestellte. Wenige werden die Stelle verlieren. Viele müssen den Arbeitsort wechseln. Einige haben einen reduzierten Anstellungsgrad. Und bei ganz vie-

len steigt die Belastung am Arbeitsplatz weiter an.

Der Service public des Kantons Bern wird massiv abgebaut. Das wird nicht nur das Personal zu spüren bekommen, sondern auch in der Bevölkerung grossen Unmut auslösen. Betroffen werden die Schwachen, die Wehrlosen und einmal mehr die Randregionen sein. Ob die Steuersenker die Verantwortung dafür tragen werden, wird sich zeigen. Spätestens bei den Wahlen 2014 können wir mitbestimmen.

2 Aktuelles Thema

Neue personalpolitische Grundlagen

Das Pensionskassengesetz wurde vom Grossen Rat verabschiedet. Im November wird ein weiteres Sparprogramm behandelt. Die Personalpolitik befindet sich an einem Wendepunkt.

3 Aktuelles Thema

Wann kündigen

Wegen der drohenden Verschlechterung des Pensionskassengesetzes wollen etliche Mitarbeitende ihre Stelle frühzeitig aufgeben. Es lohnt sich jedoch, noch zuzuwarten.

5 Aktuelles Thema

Gesicherter Lohnanstieg

Das Lehreranstellungsgesetz (LAG) wurde revidiert. Der Lohnanstieg soll jährlich 1,5 Prozent der Lohnsumme betragen. Und das, was für das LAG beschlossen wurde, gilt auch für das Personalgesetz.

Hinweis

Neue Statuten verabschiedet

Im Juni wurden an der Abgeordnetenversammlung die neuen Statuten verabschiedet. Für die Mitglieder aber ändert sich nicht viel. Eine Neuerung dürfte die Rentner freuen. Denn die Rentnervereinigung hat neu die Rechte einer Sektion erhalten.



Bei der Pensionskassendebatte wurde hart gekämpft.

Andreas Blatter

Personalpolitik am Wendepunkt

Der Grosse Rat hat die Revision des Pensionskassengesetzes verabschiedet. Ein weiteres Sparprogramm wird im November behandelt. Die Weichen für neue personalpolitische Grundlagen sind gestellt.

Nach jahrelanger Unsicherheit sind im Personalbereich grundlegende Änderungen verabschiedet. Erheblichen Nachteilen stehen gewichtige Errungenschaften gegenüber. Das Massnahmenpaket kann bloss noch durch ein riskantes Referendum gefährdet werden. Und ungewiss bleibt auch weiterhin die Verlässlichkeit von Regierungsrat und Grosse Rat vor dem Hintergrund der finanziellen Entwicklung des Kantonshaushalts.

Kompromiss beim Pensionskassengesetz

Lange Jahre hat sich der BSPV gegen den Primatwechsel bei den Pensionskassen vehement zur Wehr gesetzt. Ganz sicher zu Recht. Denn Vorteile bringt das Beitragsprimat gewiss nicht. Auf jeden Fall nicht für alle. Auch wenn es Unbeirrbare

gibt, die das nach wie vor behaupten. Das über lange Jahre geltende Leistungsprimat war ein bewährtes System. Die Renten waren berechenbar.

Rentenversprechen teilweise garantiert

Der Hauptnachteil des Systemwechsels ist der Übergang. Das bisherige Leistungsprimat basierte auf Solidaritäten unter den Generationen. Diese fallen nun weitgehend weg. Bei der Gesetzesrevision ging es nun primär darum, den langjährigen Mitarbeitenden, die in jungen Jahren erhebliche Zusatzbeiträge an die älteren Mitarbeitenden gezahlt haben, diese Solidarität abzugelten. Mit einer Übergangseinlage von rund 500 Millionen Franken hat der Gesetzgeber nun die Mittel bereitgestellt, um diesen Übergang für alle er-

träglich zu gestalten. Mit individuellen Einlagen über zehn Jahre soll sichergestellt werden, dass die unter dem Leistungsprimat versprochenen Renten auch im Beitragsprimat erreicht werden können. Die Berechnungsgrundlagen für diese Abfederung beruhen allerdings nicht auf völlig korrekten Zahlen. Es kann aber damit gerechnet werden, dass ein grosser Teil des drohenden Rentenverlusts aufgefangen werden kann. Das ist ein Resultat, das sich sehen lässt.

Die Einlagen erfolgen gestaffelt über zehn Jahre. Wer die Pensionskasse verlässt, verliert den restlichen Teil des Anspruchs. Wer vor Ablauf der Frist in Rente geht, erhält auf diesen Tag den Rest der Gutschrift. Das Kantonspersonal hat eine goldene Fessel erhalten. Das kann akzeptiert werden. Die Modalitäten des Über-

gangs werden von den Verwaltungskommissionen der beiden Pensionskassen erarbeitet und mitgeteilt werden.

Ausfinanzierung der Deckungslücken

Die beiden kantonalen Pensionskassen haben eine erhebliche Deckungslücke. Nicht alles Kapital ist vorhanden, um die versprochen Leistungen bezahlen zu können. Dies hat nichts mit dem Primatwechsel zu tun. Die unbefriedigende Situation ist eine Folge der ungenügenden Ertragslage auf den Finanzmärkten.

Der Grosse Rat hat nun mit der Gesetzesrevision beschlossen, diese Lücke in 20 Jahren zu schliessen. Das Bundesgesetz hätte auch eine Frist von 40 Jahren akzeptiert. Und zudem einen Zieldeckungsgrad von bloss 80 Prozent. Aus ideologischen Gründen wählte der Gesetzgeber nun aber eine Rosskur. 100 Prozent in bloss 20 Jahren. Das kostet Milliarden. Das neue Gesetz sieht vor, dass der Kanton Bern einen Beitrag von 1,7 Milliarden Franken zur Schliessung dieser Lücke beiträgt. Die Arbeitnehmer ihrerseits müssen Finanzierungsbeiträge zur Schliessung der Restlücke leisten. Je nach dem Stand des Deckungsgrades der Pensionskassen zum Zeitpunkt der Umstellung, wird dies zu Lohnabzügen von 1,5 bis 2,0 Prozent führen.

Die Einlage des Kantons dient bloss zur Deckung der Lücke bei den Rentnerinnen und Rentnern. Die Aktiven sollen nicht für die Pensionierten bezahlen. Leider geht die Rechnung bei der Bernischen Pensionskasse nicht völlig auf, da das Parlament seine Berechnungen auf einen Technischen Zinssatz von 3,0 Prozent abstütze, der nicht der Realität entspricht. So müssen die aktiv Versicherten jährlich rund 20 Millionen Franken über Sanierungsbeiträge für die Rentner aufbringen. Das ist bitter. Aber die 1,7 Milliarden Franken sind immerhin ein erheblicher Beitrag des Arbeitgebers.

Kein Spiel mit dem Feuer

Der Grosse Rat hat zum Gesetz einen Eventualantrag verabschiedet, der die 1,7 Milliarden Franken auf 1,3 Milliarden reduzieren will. Wenn das Referendum

von unverantwortlichen Kreisen ergriffen wird, wird das Volk darüber zu entscheiden haben, welchen Beitrag es genehmigen will. Das Resultat des Volkswillens ist absehbar. Die Abgeordneten des BSPV haben deshalb an ihrer Sitzung vom 12. September einstimmig entschieden, kein Referendum zu ergreifen.

Sofern das Gesetz dem Volk unterbreitet wird, kann das Resultat aber auch ein doppeltes Nein sein. Damit würde die Gesetzesrevision scheitern. Die Arbeiten würden bei null beginnen. Das Leistungsprimat würde weiterhin gelten. Der Sanierungsbeitrag und die Übergangseinlage von 2,2 Milliarden Franken wären dann aber auch weg. Wer das Gesetz in Frage stellt, pokert also sehr hoch.

Zusätzliche Verschlechterungen

Bedauerlich ist, dass mit der Gesetzesrevision weitere Verschlechterungen in die Wege geleitet worden sind. Die kollektiv finanzierte Überbrückungsrente, die eine vorzeitige Berentung zwischen 60 und 64 bzw. 65 Jahren ermöglichte, fällt weg. Möglicherweise bieten die Pensionskassen eine durch eigene Mittel finanzierte Übergangslösung an. Das wäre sehr zu begrüssen. Sicher ist das aber nicht. Es ist damit zu rechnen, dass künftig fast alle Mitarbeitenden bis zur Erreichung des AHV-Alters im Kantonsdienst ausharren werden. Das wird vermehrt zu personalpolitischen Schwierigkeiten führen, da unter den heutigen Belastungen nicht alle über die gesundheitlichen Voraussetzungen verfügen, um diesen Zusatzbelastungen Stand zu halten. Der Regierungsrat muss sich überlegen, wie er seine Verantwortung als Arbeitgeber für nicht mehr voll erwerbsfähige Mitarbeitende in Zukunft ausgestalten will.

Halb volles oder halb leeres Glas?

Bei der vorliegenden Gesetzesrevision konnte der BSPV längst nicht alle Ziele erreichen. Ein eigentlicher Kompromiss zwischen unseren Forderungen und jenen der Turbosanierer liegt ebenfalls nicht vor. Zudem beruhen viele Neuregelungen auf unsicheren oder sogar bewusst falsch gewählten Zahlen. Es stellt sich effektiv die Frage, ob mehr hätte erreicht werden

können oder sollen. Bloss weiss niemand so recht, wie das zu bewerkstelligen ist. Die Mehrheiten im Grosse Rat sind bekannt. Und immerhin hat der beeindruckende Aufmarsch der 20 000 Angestellten im März 2013 sicher das Seine dazu beigetragen, dass in manchen Bereichen nicht die härtest mögliche Lösung verwirklicht worden ist. Ein Urteil über das Gesamtpaket wird aber ganz sicher erst in fünf oder zehn Jahren möglich sein.

Pensionierung im Leistungsprimat

Etliche Mitarbeitende wenden sich an unsere Geschäftsstelle, da sie beabsichtigen, ihre Stelle wegen der drohenden Verschlechterung des Pensionskassengesetzes frühzeitig aufzugeben. Dabei wird auch die Frage nach dem Kündigungstermin gestellt.

Wenn das Beitragsprimat bei den Pensionskassen auf den 1. Januar 2015 eingeführt wird, so muss die Kündigung spätestens am 30. September 2014 per 31. Dezember 2014 eingereicht werden. Anders ist es bei Lehrkräften und Dozierenden, die nur per Ende Semester kündigen können.

Von den altrechtlichen Bestimmungen profitiert aber nur, wer am 31. Dezember 2014 bereits 60 Jahre alt ist. Es ist auch möglich, sich teilweise berenten zu lassen. So dass ein Teil der Rente im Leistungsprimat ausgerichtet wird und der andere später im Beitragsprimat.

Nicht möglich ist es jedoch, seine Arbeit per 31. Dezember 2014 aufzugeben und sich die Zeitguthaben im Jahr 2015 in Form einer Lohnfortzahlung auszahlen zu lassen. Zeitguthaben müssen vor der Umstellung konsumiert sein oder ausbezahlt werden.

Da noch nicht alle notwendigen Übergangsbestimmungen und Auswirkungen der Gesetzesänderung bekannt sind, lohnt es sich, mit dem definitiven Pensionierungsentscheid noch zuzuwarten.

■ Pensionierung richtig planen

Sie wünschen sich:

Eine erstklassige, unabhängige Pensionsplanung ohne Produkteverkauf, welche ausschliesslich auf Ihre Wünsche, Bedürfnisse und Ziele ausgerichtet ist? Dann sind Sie bei uns an der richtigen Adresse. **Sonderkonditionen für BSPV Mitglieder.**

Bestellen Sie **kostenlos unsere umfassende Broschüre „Pensionierung“ mit vielen nützlichen Tipps und interessanten Berichten.**

Fankhauser, Fuchs & Partner

Pensionsplanung | Finanzplanung | Steuerplanung

Seftigenstrasse 25, 3007 Bern, Telefon: 031 371 90 90, Fax: 031 371 90 92

E-Mail: info@gutgeplant.ch | Web: www.gutgeplant.ch

gutgeplant.ch 
Pensions-, Finanz- & Steuerplanung

Bernhard Fankhauser

dipl. Vorsorge- und
Vermögensberater SPPV
eidg. dipl. EHL



Guido Fuchs

Finanzplaner mit eidg. FA



FRIWASH



*Die sanfte,
schonende
Autowaschstrasse
mit Textilfasern*

Ey 9a, 3063 Ittigen
Tel. 031 921 76 83

Webcam unter: www.friwash.ch

Kehrli+Oeler



CH-3001 Bern
Telefon 031 388 81 11
www.kehrlioeler.ch

Privat- und Geschäftsumzüge
Lagerlogistik

Regional • National • International



Muesmatt AG

Fenster und Schreinerei

Alpenstrasse 40 · 3052 Zollikofen
Telefon 031 911 80 11 · Fax 031 911 25 11
www.muesmatt.ch



Grotto Ticino

Pizzeria Cafiero

am Breitenrainplatz
3014 Bern

Saisongerecht, frisch und authentisch!

Geniessen sie unsere
Tessiner- und Italienischen Spezialitäten

Durchgehend warme Küche von 11.30 bis 22.45 Uhr
Jeden Tag geöffnet! Telefon: 031/ 331 96 77
www.grotto-ticino.ch

...mich flexibel weiterbilden!



Handelsschule
berufsbegleitend

**Eidgenössische
Fachausweise**
Technische Kaufleute
Führungsfachleute
Organisator/in
Marketing

www.teko.ch



Umzüge
Privat und Geschäft

peyer bern

T: 031 996 63 63
www.peyerbern.ch

Umzüge Transporte Lagerungen

Verlässlicher Lohnanstieg

Im Grossen Rat wurde das Lehreranstellungsgesetz (LAG) revidiert. Der Lohnanstieg wurde verlässlicher geregelt. Was für das LAG beschlossen wurde, gilt auch für das Personalgesetz (PG).

48'275.95	48'489.80	48'713.80	48'947.80	49'191.80	49'445.80	49'709.80	50'083.80
48'425.65	48'640.50	48'864.50	49'098.50	49'342.50	49'596.50	49'860.50	50'234.50
48'576.00	48'790.85	49'014.85	49'248.85	49'492.85	49'746.85	50'010.85	50'384.85
48'726.30	48'940.15	49'164.15	49'398.15	49'642.15	49'896.15	50'160.15	50'534.15
48'876.60	49'090.45	49'314.45	49'548.45	49'792.45	50'046.45	50'310.45	50'684.45
49'026.90	49'240.75	49'464.75	49'698.75	49'942.75	50'196.75	50'460.75	50'834.75
49'177.20	49'391.05	49'615.05	49'849.05	50'093.05	50'347.05	50'611.05	50'985.05
49'327.50	49'540.85	49'764.85	49'998.85	50'242.85	50'496.85	50'760.85	51'134.85
49'477.80	49'691.15	49'915.15	50'149.15	50'393.15	50'647.15	50'911.15	51'285.15
49'628.10	49'840.45	50'064.45	50'298.45	50'542.45	50'796.45	51'060.45	51'434.45
49'778.40	49'990.75	50'214.75	50'448.75	50'692.75	50'946.75	51'210.75	51'584.75
49'928.70	50'141.05	50'365.05	50'599.05	50'843.05	51'097.05	51'361.05	51'735.05
50'079.00	50'291.35	50'515.35	50'749.35	50'993.35	51'247.35	51'511.35	51'885.35
50'229.30	50'441.65	50'665.65	50'899.65	51'143.65	51'397.65	51'661.65	52'035.65
50'379.60	50'591.95	50'815.95	51'049.95	51'293.95	51'547.95	51'811.95	52'185.95
50'529.90	50'742.25	50'966.25	51'200.25	51'444.25	51'698.25	51'962.25	52'334.25
50'680.20	50'892.55	51'116.55	51'350.55	51'594.55	51'848.55	52'112.55	52'486.55
50'830.50	51'042.85	51'266.85	51'500.85	51'744.85	52'008.85	52'272.85	52'646.85
50'980.80	51'193.15	51'417.15	51'651.15	51'895.15	52'149.15	52'413.15	52'787.15
51'131.10	51'343.45	51'567.45	51'801.45	52'045.45	52'299.45	52'563.45	52'937.45
51'281.40	51'493.75	51'717.75	51'951.75	52'195.75	52'449.75	52'713.75	53'087.75
51'431.70	51'644.05	51'868.05	52'102.05	52'346.05	52'600.05	52'864.05	53'237.05
51'582.00	51'794.35	52'018.35	52'252.35	52'496.35	52'750.35	53'014.35	53'388.35
51'732.30	51'944.65	52'168.65	52'402.65	52'646.65	52'900.65	53'164.65	53'538.65
51'882.60	52'094.95	52'318.95	52'552.95	52'796.95	53'050.95	53'314.95	53'688.95
52'032.90	52'245.25	52'469.25	52'703.25	52'947.25	53'201.25	53'465.25	53'839.25
52'183.20	52'395.55	52'619.55	52'853.55	53'097.55	53'351.55	53'615.55	53'989.55
52'333.50	52'545.85	52'769.85	53'003.85	53'247.85	53'501.85	53'765.85	54'139.85
52'483.80	52'696.15	52'920.15	53'154.15	53'398.15	53'652.15	53'916.15	54'289.15
52'634.10	52'846.45	53'070.45	53'304.45	53'548.45	53'802.45	54'066.45	54'439.45
52'784.40	52'996.75	53'220.75	53'454.75	53'698.75	53'952.75	54'220.75	54'594.75
52'934.70	53'147.05	53'371.05	53'605.05	53'849.05	54'106.05	54'370.05	54'748.05
53'085.00	53'297.35	53'521.35	53'755.35	53'999.35	54'259.35	54'523.35	54'897.35
53'235.30	53'447.65	53'671.65	53'905.65	54'153.65	54'417.65	54'681.65	55'051.65
53'385.60	53'597.95	53'821.95	54'054.95	54'318.95	54'582.95	54'846.95	55'205.95
53'535.90	53'748.25	53'972.25	54'203.25	54'467.25	54'731.25	55'000.25	55'360.25
53'686.20	53'898.55	54'122.55	54'352.55	54'611.55	54'875.55	55'144.55	55'514.55
53'836.50	54'048.85	54'272.85	54'502.85	54'755.85	55'019.85	55'283.85	55'668.85
53'986.80	54'199.15	54'422.85	54'652.15	54'909.15	55'173.15	55'437.15	55'822.15
54'137.10	54'349.45	54'573.45	54'802.45	55'057.45	55'321.45	55'585.45	55'976.45
54'287.40	54'499.75	54'723.75	54'952.75	55'191.75	55'455.75	55'719.75	56'030.75
54'437.70	54'650.05	54'874.05	55'102.05	55'345.05	55'609.05	55'873.05	56'084.05
54'588.00	54'800.35	55'024.35	55'252.35	55'513.35	55'773.35	56'037.35	56'138.35
54'738.30	54'950.65	55'174.65	55'402.65	55'667.65	55'927.65	56'191.65	56'192.65
54'888.60	55'100.95	55'324.95	55'552.95	55'821.95	56'081.95	56'245.95	56'246.95
55'038.90	55'251.25	55'475.25	55'742.25	55'976.25	56'236.25	56'299.25	56'299.25
55'189.20	55'401.55	55'625.55	55'891.55	56'130.55	56'390.55	56'353.55	56'353.55
55'339.50	55'551.85	55'775.85	56'040.85	56'284.85	56'544.85	56'407.85	56'407.85
55'489.80	55'702.15	55'926.15	56'190.15	56'379.15	56'698.15	56'461.15	56'461.15
55'640.10	55'852.45	56'076.45	56'339.45	56'473.45	56'852.45	56'515.45	56'515.45
55'790.40	56'002.75	56'226.75	56'494.75	56'567.75	56'906.75	56'569.75	56'569.75
55'940.70	56'153.05	56'376.75	56'649.75	56'662.05	56'960.05	56'623.05	56'623.05
56'091.00	56'303.35	56'527.35	56'800.35	56'756.35	57'014.35	56'677.35	56'677.35
56'241.30	56'453.65	56'677.65	56'950.65	56'861.65	57'068.65	56'731.65	56'731.65
56'391.60	56'603.95	56'821.95	57'095.95	56'967.95	57'122.95	56'785.95	56'785.95
56'541.90	56'754.25	56'978.25	57'240.25	57'072.25	57'177.25	56'840.25	56'840.25
56'692.20	56'904.55	57'128.25	57'385.25	57'177.25	57'231.25	56'894.25	56'894.25
56'842.50	57'054.85	57'278.25	57'530.25	57'272.25	57'285.25	56'948.25	56'948.25
56'992.80	57'205.15	57'422.25	57'675.25	57'367.25	57'339.25	56'992.25	56'992.25
57'143.10	57'355.45	57'616.25	57'810.25	57'452.25	57'393.25	57'046.25	57'046.25
57'293.40	57'505.75	57'766.25	57'955.25	57'537.25	57'447.25	57'100.25	57'100.25
57'443.70	57'656.05	57'916.25	58'100.25	57'622.25	57'502.25	57'154.25	57'154.25
57'594.00	57'806.35	58'066.25	58'245.25	57'707.25	57'577.25	57'208.25	57'208.25
57'744.30	57'956.65	58'216.25	58'385.25	57'792.25	57'652.25	57'262.25	57'262.25
57'894.60	58'106.95	58'366.25	58'530.25	57'877.25	57'727.25	57'316.25	57'316.25
58'044.90	58'257.25	58'516.25	58'675.25	57'962.25	57'797.25	57'370.25	57'370.25
58'195.20	58'407.55	58'666.25	58'820.25	58'047.25	57'872.25	57'424.25	57'424.25
58'345.50	58'557.85	58'816.25	58'970.25	58'132.25	57'947.25	57'478.25	57'478.25
58'495.80	58'708.15	58'966.25	59'115.25	58'217.25	58'022.25	57'532.25	57'532.25
58'646.10	58'858.45	59'116.25	59'260.25	58'302.25	58'097.25	57'586.25	57'586.25
58'796.40	59'008.75	59'266.25	59'405.25	58'387.25	58'172.25	57'640.25	57'640.25
58'946.70	59'159.05	59'416.25	59'545.25	58'472.25	58'247.25	57'694.25	57'694.25
59'097.00	59'309.35	59'566.25	59'685.25	58'557.25	58'322.25	57'748.25	57'748.25
59'247.30	59'459.65	59'716.25	59'815.25	58'642.25	58'397.25	57'802.25	57'802.25
59'397.60	59'609.95	59'866.25	59'945.25	58'727.25	58'472.25	57'856.25	57'856.25
59'547.90	59'760.25	59'966.25	60'025.25	58'812.25	58'547.25	57'910.25	57'910.25
59'698.20	59'910.55	60'066.25	60'105.25	58'897.25	58'622.25	57'964.25	57'964.25
59'848.50	60'060.85	60'166.25	60'185.25	58'982.25	58'697.25	58'018.25	58'018.25
59'998.80	60'211.15	60'266.25	60'205.25	59'067.25	58'772.25	58'072.25	58'072.25
60'149.10	60'361.45	60'366.25	60'245.25	59'152.25	58'847.25	58'126.25	58'126.25
60'299.40	60'511.75	60'466.25	60'325.25	59'237.25	58'922.25	58'180.25	58'180.25
60'449.70	60'662.05	60'566.25	60'405.25	59'322.25	59'007.25	58'234.25	58'234.25
60'599.00	60'812.35	60'666.25	60'485.25	59'407.25	59'082.25	58'288.25	58'288.25
60'749.30	60'962.65	60'766.25	60'565.25	59'492.25	59'157.25	58'342.25	58'342.25
60'899.60	61'112.95	60'866.25	60'645.25	59'577.25	59'232.25	58'396.25	58'396.25
61'049.90	61'263.25	60'966.25	60'725.25	59'662.25	59'307.25	58'450.25	58'450.25
61'199.20	61'413.55	61'066.25	60'805.25	59'747.25	59'382.25	58'504.25	58'504.25
61'349.50	61'563.85	61'166.25	60'885.25	59'832.25	59'457.25	58'558.25	58'558.25
61'499.80	61'714.15	61'266.25	60'965.25	59'917.25	59'532.25	58'612.25	58'612.25
61'649.10	61'864.45	61'366.25	61'045.25	60'002.25	59'607.25	58'666.25	58'666.25
61'799.40	62'014.75	61'466.25	61'125.25	60'087.25	59'682.25	58'720.25	58'720.25
61'949.70	62'165.05	61'566.25	61'205.25	60'172.25	59'757.25	58'774.25	58'774.25
62'099.00	62'315.35	61'666.25	61'285.25	60'257.25	59'832.25	58'828.25	58'828.25
62'249.30	62'465.65	61'766.25	61'365.25	60'342.25	59'907.25	58'882.25	58'882.25
62'399.60	62'615.95	61'866.25	61'445.25	60'427.25	59'982.25	58'936.25	58'936.25
62'549.90	62'766.25	61'966.25	61'525.25	60'512.25	60'057.25	58'990.25	58'990.25
62'699.20	62'916.55	62'066.25	61'605.25	60'597.25	60'132.25	59'044.25	59'044.25
62'849.50	63'066.85	62'166.25	61'685.25	60'682.25	60'207.25	59'098.25	59'098.25
62'999.80	63'217.15	62'266.25	61'765.25	60'767.25	60'282.25	59'152.25	59'152.25
63'149.10	63'367.45	62'366.25	61'845.25	60'852.25	60'357.25	59'206.25	59'206.25
63'299.40	63'517.75	62'466.25	61'925.25	60'937.25	60'432.25	59'260.25	59'260.25
63'449.70	63'668.05	62'566.25	62'005.25	61'022.25	60'507.25	59'314.25	59'314.25
63'599.00	63'818.35	62'666.25	62'085.25	61'107.25	60'582.25	59'368.25	59'368.25
63'749.30	63'968.65	62'766.25					

Langlaufgenuss pur und aktive Erholung in einem der schönsten Langlaufgebiete der Schweiz!

Das Goms verfügt über eine grosse Langlauftradition. So lockt das sonnenverwöhnte Hochtal im Winter zahlreiche Gäste auf die rund 100 km Loipen, um die herrliche Landschaft am Fusse der Pässe Furka, Grimsel und Nufenen zu erkunden. Der Langlaufspass beginnt bereits im November und dauert bis Ende März.

Aktive Erholung mit der Schweizer Langlaufschule Ulrichen

Lassen auch Sie sich vom Gommer Wintermärchen verzaubern und erleben Sie aktive Erholung in Ulrichen. Die Schweizer Langlaufschule Ulrichen bietet zusammen mit dem Hotel Nufenen, das direkt an der Sonnenloipe liegt, spezielle Kurspakete an. Profitieren Sie vom abwechslungsreich gestalteten Langlaufunterricht in kleinen, überschaubaren Gruppen. Hier haben Sie die Möglichkeit das Langlaufen in einer Einsteigergruppe zu erlernen oder als fortgeschrittener Läufer Ihre Technik zu verfeinern. Im Hotel Nufenen lassen Sie einen sportiven Tag bei einem köstlichen Menü und einem guten Tropfen in stimmungsvollem Ambiente ausklingen. Wer sich nicht einer Gruppe anschliessen möchte, hat die Möglichkeit das Pauschalangebot mit Privatunterricht zu buchen.

Reisen Sie mit leichtem Gepäck!

Wenn Sie keine Langlaufausrüstung besitzen oder diese nicht in die Ferien mitnehmen möchten, können Sie das gewünschte Material bei der Schweizer Langlaufschule Ulrichen mieten. Zudem haben Sie dort die Möglichkeit Ihre Skier jederzeit präparieren zu lassen oder neue Langlaufski zu testen.

Angebote der Schweizer Langlaufschule Ulrichen

Pauschalkurse

29.11. bis 03.12.2013 (Freitag bis Dienstag)
06. bis 10.12.2013 (Freitag bis Dienstag)
11. bis 14.12.2013 (Mittwoch bis Samstag)
15. bis 18.12.2013 (Sonntag bis Mittwoch)
18. bis 22.12.2013 (Mittwoch bis Sonntag)
08. bis 11.01.2014 (Mittwoch bis Samstag)
12. bis 15.01.2014 (Sonntag bis Mittwoch)
15. bis 18.01.2014 (Mittwoch bis Samstag)

- Begrüssungsapéro
- 3 ODER 4 Übernachtungen mit Halbpension im Hotel Nufenen in Ulrichen
- 4 x 2 Stunden Gruppenunterricht in kleinen, separaten Gruppen
- Abschlussabend mit Racletteplausch

CHF 418.- / Person, exkl. Getränke (bei 3 Übern.)
CHF 518.- / Person, exkl. Getränke (bei 4 Übern.)



Pauschalangebot - frei wählbare Termine

- Begrüssungsapéro
- 3 Übernachtungen mit Halbpension im Hotel Nufenen in Ulrichen
- 3 x 1 Stunde Privatunterricht

CHF 539.- / Person, exkl. Getränke (bei 1 Pers.)
CHF 435.- / Person*, exkl. Getränke (bei 2 Pers.)
CHF 419.- / Person*, exkl. Getränke (bei 3 Pers.)
CHF 405.- / Person*, exkl. Getränke (bei 4 Pers.)

* Die Preise ab 2 Personen gelten bei gemeinsamen Langlaufunterricht

Weitere Informationen und Anmeldung unter:

Schweizer Langlaufschule Ulrichen (Daniel Garbely)
www.langlaufschule-ulrichen.ch
Telefon +41 (0)27 973 25 75

Informationen zum Hotel: www.hotel-nufenen.ch





Das Mögliche wurde erreicht

Der BSPV hat die Revision des Pensionskassengesetzes und des Personalgesetzes wesentlich mit beeinflusst. Präsident Peter Bernasconi zieht eine vorläufige Bilanz. Die kommenden Jahre werden zeigen, ob sich die neuen Lösungen bewähren.

Der Grosse Rat hat das Pensionskassengesetz verabschiedet. Welches sind die Hauptvorteile?

Der Kanton ist bereit, einen Beitrag von 1,7 Milliarden Franken an die Unterdeckung zu leisten. Zudem federt er den Übergang zum Beitragsprimat mit 500 Millionen Franken ab. So können die negativen Auswirkungen der Gesetzesrevision teilweise abgedeckt werden.

Und die Nachteile?

Leistungsverschlechterungen bei tendenziell höheren Beiträgen sind schwer zu akzeptieren. Insbesondere der Wegfall der Überbrückungsrente wurde wohl zu wenig überdacht. Wenn alle Kantonsangestellten bis zum 65. Altersjahr arbeiten müssen, wird der oft von Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewünschte vorzeitige Altersrücktritt verunmöglicht.

Hat der BSPV im Grossen Rat einen Erfolg erzielt oder hat sich die bürgerliche Mehrheit vollkommen durchgesetzt?

Wir haben auf einer Skala von 1 bis 100 vielleicht eine 30 erzielt. Mehr ist aber

ganz sicher nicht drin gelegen. Der Grosse Rat ist nur bis zu einem gewissen Mass bereit, seine Funktion als verantwortlicher Arbeitgeber wahrzunehmen. Die Finanzen bestimmen die strategischen Entscheide all zu stark.

Welche Risiken birgt ein Referendum gegen den sogenannten Kompromissvorschlag der Ratsmitte?

Wenn man sich nach fast acht Jahren endlich auf eine Vorlage geeinigt hat, ist es bemüht zu sehen, wie Neid und Missgunst das Erreichte zu gefährden drohen. Ein Referendum führt möglicherweise zum Scheitern der ganzen Gesetzesvorlage. Und dann fangen alle Arbeiten wieder bei Null an.

Die Kassen hätten auch in 40 und nicht wie nun vorgesehen in 20 Jahren saniert werden können. Weshalb hat der Gesetzgeber dermassen Druck aufgesetzt?

Der Grosse Rat handelt öfters irrational. Man spricht davon, Belastungen nicht auf kommende Generationen zu verschieben und gleichzeitig hat die heutige Generation in den letzten Jahren den riesigen Schuldenberg unserer Vorgänger massiv abgebaut. Grössere Projekte erstrecken sich immer über einen längeren Zeitraum. Bei 40 Jahren hätte die Sanierung der Pensionskassen mit weit geringeren Aus-

wirkungen für das Personal und den Kantonshaushalt bewältigt werden können.

Beim Lohnaufstieg wurden wesentliche Verbesserungen versprochen. Reicht es, die höheren Pensionskassenbeiträge mit Lohnerhöhungen zu kompensieren?

Es ist wichtig, dass im Januar 2015 niemand weniger Lohn ausbezahlt erhält als im Vorjahr. Die höhere Belastung über die grösstenteils steigenden Pensionskassenbeiträge müssen durch eine verlässliche Lohnentwicklung abgedeckt werden.

Erachtest Du die Strategie des BSPV als erfolgreich?

Die BSPV-Vertreter haben im Rat und in den Kommissionen durch eine durchdachte Strategie und eine grosse Verhandlungsbereitschaft mitgeholfen, eine insgesamt noch knapp befriedigende Lösung zu erzielen. Die 20 000 Kolleginnen und Kollegen, die am 16. März auf dem Bundesplatz aufmarschiert sind, haben uns dabei geholfen.

«Die Finanzen bestimmen die strategischen Entscheide all zu stark.»

Peter Bernasconi

Peter Bernasconi, der ehemalige Gemeindepräsident von Worb, ist Präsident des BSPV und SP-Grossrat.

Modernere Verbandsstrukturen

An der Abgeordnetenversammlung vom Juni verabschiedete der BSPV neue Statuten. Für die Mitglieder ändert sich nicht viel.



Rentner: Starke Einbindung im BSPV.

Zryd

Der BSPV nennt sich weiterhin Bernischer Staatspersonalverband, obwohl in der Verfassung der Begriff Staat durch

Kanton ersetzt worden ist. Zudem hat der Verband immer mehr Mitglieder, die nicht zur Kantonsverwaltung gehören.

So sind insbesondere auch Angestellte der Berner Gemeinden im Verband herzlich willkommen.

Rentner haben Rechte einer Sektion

Einen neuen Stellenwert hat die Rentnervereinigung erhalten. Diese erhält neu die Rechte einer Sektion. Wenn ein Mitglied seine Berentung meldet, bleibt es in seiner Stammsektion. Gleichzeitig wird es aber zusätzlich Mitglied der Rentnervereinigung und kann an all deren Anlässen teilnehmen.

Bereits zu zahlreichen personellen Wechseln hat die neue Amtszeitbeschränkung für Geschäftsleitungsmitglieder auf zwölf Jahre geführt.

Reduzierter Verbandsbeitrag

Neu wird für Aktivmitglieder, die ein Nettoeinkommen unter 50 000 Franken erzielen, der Verbandsbeitrag auf die Hälfte reduziert. Wer diese Reduktion beansprucht, hat einen entsprechenden Nachweis einzureichen.

Der neue Wortlaut der Statuten ist auf der Homepage www.bspv.ch aufgeschaltet.

Une structure associative plus moderne

Lors de l'Assemblée des délégués du mois de juin, l'APEB a approuvé de nouveaux statuts. Pour les membres, cela n'implique pas de grands changements.

L'APEB porte toujours le nom d'Association du personnel de l'Etat de Berne, bien que dans la Constitution, le terme d'Etat ait été remplacé par celui de canton. Par ailleurs, l'association compte toujours plus de membres qui ne font pas partie de l'administration cantonale. Ainsi, les employés des communes bernoises, en particulier, sont les bienvenus à l'APEB.

Les retraités ont les mêmes droits qu'une section

L'Association des retraités a acquis une nouvelle position. Elle jouit désormais des

mêmes droits qu'une section. Si un membre annonce son départ à la retraite, il reste dans sa section d'origine. Mais il obtient en plus le statut de membre de l'Association des retraités et peut participer aux manifestations organisées par celle-ci. Le mandat des membres du Comité directeur est maintenant limité à 12 ans, ce qui a déjà conduit à de nombreux changements de personnes en son sein.

Réduction de cotisation

Les membres actifs dont le revenu net est inférieur à 50 000 francs doivent s'acquitter

uniquement de la moitié du montant de la cotisation. C'est aussi une nouveauté. Pour pouvoir bénéficier de cette réduction, il faut présenter la preuve qu'on y a droit.

Le nouveau texte des statuts est disponible sur le site Internet www.apeb.ch.

- Neubau
- Umbau
- Service

**Heizung Lüftung
Sanitär Elektro**

Badertscher + Co AG

Zentweg 13, 3006 Bern
Tel. 0319 381 381
Fax 0319 381 391
www.baco.ch

Einstimmig gegen Referendum

Der Grosse Rat hat in der Septembersession die Pensionskassenvorlage verabschiedet. An der ausserordentlichen Abgeordnetenversammlung beschliesst der BSPV, dass er kein Referendum ergreifen wird.

Kein Referendum – alle waren sich einig. Nach der zweiten Lesung über das Pensionskassengesetz im Grossen Rat, hat der BSPV eine ausserordentliche Abgeordnete-

tenversammlung einberufen. Die drei Grossräte und BSPV-Vertreter Peter Bernasconi, Matthias Burkhalter und Markus Meyer zeigten die aktuelle Situation bei

der Pensionskassenfrage auf. Das neue kantonale Pensionskassengesetz wurde in der zweiten Lesung genehmigt. Im Grossen Rat war man sich von links bis rechts einig, dass es Sinn macht, dem Gesetz ein Eventualantrag zur Seite zu Stellen. Doch der vom Rat beschlossene Eventualantrag löste bei der Linken, der Grünen mit Regierungsrat Bernhard Pulver, keine Begeisterung aus. Die BSPV-Vertreter kamen sofort zum Schluss, dass der Hauptantrag die beste Lösung für das Kantonspersonal sei, die gefährlichste das Ergreifen eines Referendums.

Die Abgeordneten unterstützen die präsentierten Beschlüsse einstimmig.

Eventualantrag

<p>Der Arbeitgeber bezahlt 50% der Beiträge zur Erfüllung des Finanzierungsplans.</p> <p>Die Deckung der Finanzierungslücke bei den Rentnern erfolgt auf der Basis eines TZ von 3,5% (-187 Mio CHF Anteil Arbeitnehmer).</p>	<p>Der Arbeitgeber bezahlt 50-60% der Beiträge zur Erfüllung des Finanzierungsplans.</p> <p>Die Deckung der Finanzierungslücke bei den Rentnern erfolgt auf der Basis eines TZ von 3,0%.</p>
--	--

BSPV

12. September 2013 Assamendliche Abgeordnetenversammlung

Der Eventualantrag (hier in rot) mit deutlich schlechteren Bedingungen für die Arbeitnehmenden.



Klares Ergebnis.

Ritz

Grossratswahlen 2014: Kandidierende melden

Am 30. März 2014 wird der Grosse Rat neu gewählt. Der BSPV unterstützt Kandidierende, die das Personal vertreten.



Wer will politische Lasten tragen?

Am 30. März 2014 wird der Grosse Rat neu gewählt. Viele für das Staatspersonal wichtige politische Entscheide werden im Grossen Rat gefällt. Für das Personal und den BSPV ist es deshalb ausserordentlich

wichtig, dass zuverlässige Grossrätinnen und Grossräte gewählt werden, welche die Interessen des Personals vertreten. Dazu gehört unter anderem auch der Einsatz für einen verlässlichen Lohnanstieg und

eine nachhaltige Pensionskassenlösung. Wir analysieren das Stimmverhalten unserer 16 BSPV-Mitglieder im Grossen Rat aufmerksam.

Der BSPV wird im «diagonal» vom Februar 2014 die Namen jener Kandidierenden publizieren, die sich bis am 20. November 2013 brieflich oder per E-Mail bei der Geschäftsstelle gemeldet haben. Voraussetzung ist, dass sie Mitglied des BSPV sind.

Wer sich im BSPV oder in einer seiner Sektionen besonders verdient gemacht hat und reelle Wahlchancen hat, kann von der Geschäftsleitung zudem der Dachorganisation «angestellte bern» gemeldet werden. In «angestellte bern» sind neben dem BSPV die stärksten kantonalen Personal- und Berufsverbände organisiert. In einem gemeinsamen Prospekt werden rund ein Dutzend kandidierende Verbandsvertreter zur Wahl empfohlen.

Das Reglement für Wahl- und Abstimmungsempfehlungen finden Sie unter www.bspv.ch.

Starker Zusammenhalt bei den Strassenmeistern

Viele Sektionen des BSPV bieten neben den ordentlichen Vereinsgeschäften auch familiäre Anlässe an.

Präsident Ivan Rothenbühler lud dieses Jahr die Strassenmeister der Sektion Mittelland zu einem gemütlichen Bummel auf den Belpberg ein. Erfreulich viele Mitglieder nahmen dann insbesondere auch am anschliessenden Grillplausch in Kaufdorf teil. Dass auch zahlreiche Familienangehörige, etliche Pensionierte und der BSPV-Geschäftsführer dabei waren, zeugt

vom starken Zusammenhalt der Sektion. Und sogar zwei junge Strassenmeister grillierten eifrig mit. In der heutigen Zeit, wo fast alle Abgänge leider nicht mehr ersetzt werden, ist dies besonders bemerkenswert. Und ein Hund hat die Marschstrecke auch noch geschafft und den Grill interessiert unter Kontrolle gehalten. Ein rundum gelungener Anlass.



Foto: Peter Staub

Abgänge werden leider kaum ersetzt.

Pfarrerpensen unter Beschuss

Auch bei den Pfarrerpensen sollen die Sparanstrengungen des Regierungsrates im Rahmen der Aufgaben- und Strukturüberprüfung (ASP) erfolgen.

Am 9. September 2012 wurde eine Motion von Adrian Wüthrich, die die Finanzierung der Pfarrerlöhne über die Kirchensteuern forderte, vom Grossen Rat wuchtig mit 128 zu 15 Stimmen abgelehnt. Und schon wieder regen sich Stimmen, die der grössten sozialen Institution des Kantons Bern das Wasser abgraben wollen.

ten in der Fragestunde der Septembersession, dass die Pensen von Pfarrstellen in Kleinstgemeinden oder in politisch fusionierten Gemeinden zu reduzieren seien. Dies als Beitrag zu den Sparanstrengungen des Regierungsrates im Rahmen der ASP.

Pensen reduzieren

Die beiden GLP-Grossrätinnen Franziska Schöni und Barbara Mühlheim forder-

Dienstleistungsangebot wird abgebaut

Fast das ganze Personal des Kantons Bern steht nun offensichtlich vor sehr

unsicheren Zeiten. Stellen der Wildhüter werden abgebaut, Fischzuchtanstalten geschlossen, Russisch als Schwerpunkt-fach an den Gymnasien gestrichen und auch bei der Polizei massiv gespart. Es fällt auf, dass das Ziel dieser Sparanstrengungen Fronstellen mit direktem Kontakt zur Bevölkerung sind. Und ebenso klar ist es, dass der Service public leiden wird. Genau dort, wo die Berner Bevölkerung ein hohes Dienstleistungsangebot des Kantons erwartet, wird abgebaut. Ob die Steuersenker dies so wollten, ist alles andere als sicher. Aber zu verantworten haben sie es.

Anzeige



Blicken Sie entspannt in Ihre Zukunft

Finanzielle Pensionsplanung, Steueroptimierung, Vermögensanlage, Zweitmeinung zu Bank- und Versicherungsangeboten – alle Entscheidungsgrundlagen aus einer Hand.

Damit Sie Ihre Zeit unbeschwert geniessen können.

Unabhängige Pensionsplanung
Beratungsqualität vom BSPV getestet und für gut befunden. Mit Sonderkonditionen für BSPV-Mitglieder.

GLAUSER+PARTNER

Bonstettenstrasse 1, 3012 Bern
T 031 301 45 45
www.glauserpartner.ch

125 Jahre Lehrwerkstätten Bern – 125 Jahre Visionen für die Zukunft

2013 feiern die Lehrwerkstätten Bern (LWB), im Volksmund «d'Lädere» genannt, ihr 125 jähriges Jubiläum.



Mechanikerausbildung 1939

Archiv LWB

Die LWB engagieren sich als technische Fachschule seit über 125 Jahren mit Erfolg in der beruflichen Grundbildung und der Weiterbildung. Etliche Mitarbeiter der LWB sind im BSPV organisiert. Alle anderen sind herzlich willkommen. Seit Mitte der 90-er Jahre werden die handwerklichen Berufe in der ehemaligen Spinnerei Felsenau ausgebildet. Im Zentrum aller Aktivitäten steht die systematische Ausbildung, die durch qualifizierte Lehrpersonen in Theorie und Praxis vermittelt wird. In fünf verschiedenen Berufsfeldern (Maschinenbau, Elektronik, Innenausbau, Metallbau und Spengler) bieten die LWB auf verschiedenen Niveaustufen interessante, abwechslungsreiche und herausfordernde technische Grund- und Weiterbildungen an.

Mit den an den LWB erworbenen Qualifikationen finden Lernende und Studierende erfolgreich den Einstieg ins Berufsleben und den Weg ins lebenslange Lernen:

- Absolventinnen und Absolventen der LWB bilden sich an Fachhochschulen,

Höheren Fachschulen und Meisterkursen erfolgreich weiter.

- Sportlerinnen und Sportler können an den LWB Ausbildung und Leistungssport auf höchstem Niveau kombinieren.
- Schulleistungsschwächere Jugendliche, fremdsprachige Jugendliche und junge Erwachsene ohne Abschluss legen an den LWB die Basis für einen erfolgreichen Einstieg in die Arbeitswelt.

Berufliche Karrieren beginnen an der technischen Fachschule LWB. Absolventinnen und Absolventen der LWB sind erfolgreich und setzen ihre Visionen um.

Wochen der offenen Tür, Lehrwerkstätten Bern

Vom Mittwoch, 16. Oktober bis am Samstag, 26. Oktober 2013 können alle die LWB direkt erleben. Mehr zu Führungen oder individuellen Besuchen unter: www.bspv.ch → Aktuell → Veranstaltungen.

Andreas Zysset, Direktor LWB

Kolumne

Standpfeiler Pensionskasse

Was auf drei Säulen steht, kann nicht umfallen; so der Grundsatz der AHV, Pensionskasse und privaten Vorsorge. Mit dem Primatwechsel, und dem Erzwingen eines Deckungsgrades (DG) von 100%, wanken nun alle 3 Säulen. Da stellt sich die Frage nach dem WARUM zum Primatwechsel. Das alte System sei nicht mehr geeignet die Renten zu sichern. Eigenartig, dass das neue System immer noch aus Beitragszahlungen und Rentenleistungen besteht. Rechnen wir das zweite Argument nach. Für die Jahre 2006–2012 resultierte bei der BPK ein Umlageteil (Beiträge – Leistungen) von +CHF 277 000 000.–. Der Kapitalteil (Zinsen + Dividenden) in derselben Zeit betrug +CHF 1456 000 000.–. Dies bei einem DG von 79–90% in den Jahren 2008–2012. Einzig beim hohen DG von 105% im Jahr 2007 führte die massive Wertveränderung zu hohen Verlusten. Angesichts dieser Zahlen stellt sich folgende Frage: Wenn die Versicherten mehr Beiträge bezahlen müssen, dafür aber weniger Rente erhalten – wo geht denn da die Differenz hin?



Von Peter Hofer
Kassier des Polizeiverbands.
Delegierter BPK

Die Meinung des Autors muss sich nicht mit jener des BSPV decken.

«Zeit»

Vom 15.–17. November finden zum siebten Mal die Philosophietage in Biel statt. Gymnasiallehrer und BSPV-Mitglied Markus Waldvogel ist der Gründer und Vorstandsmitglied dieser Tage. Die diesjährigen Bieler Philosophietage beschäftigen sich mit der «Zeit» in einer Zeit, die die Zeit nutzen will für das, was die Lebenszeit wertvoll machen. Zeit ist Geld, Zeit wird gemessen, Zeit kann man gewinnen und verlieren. Zeit, ein Thema das Fragen aufwirft und zu Diskussionen anregt. Mehr Informationen unter: www.philosophietage.ch

VPOD verzichtet

Obwohl den Versicherten eine zusätzliche Belastung zugemutet wird, verzichtet auch der VPOD auf ein Referendum. Denn immerhin werde diese Belastung von einer fairen Beteiligung des Kantons etwas aufgefangen. Doch der beschlossene Eventualantrag stösst auf Unverständnis, denn dieser droht den hart erarbeiteten Kompromiss in Frage zu stellen. Die Bedingungen für die Arbeitnehmenden sind deutlich schlechter als die des Hauptantrags. Aus taktischen Gründen wurde der Eventualantrag von bürgerlichen Seite aus verabschiedet.

Wasserkopf?

Ein Kantonsangestellter hat der Geschäftsstelle des BSPV eine ausführliche Schilderung über die Beanspruchungen an seinem Arbeitsplatz geschickt. Er bezeichnet seine Dienststelle als Wasserkopf, da von 361 Angestellten bloss noch 174 im operativen Bereich tätig sind. Schade, dass die von unserem Verbandspräsidenten Peter Bernasconi geforderte Ombudsstelle vom Grossen Rat abgelehnt worden ist. Es braucht dringend eine Stelle, an die sich Mitarbeitende der Kantonsverwaltung ohne Angst vor Repressionen wenden können.

SVP unschlüssig

Ob die SVP das Referendum gegen die kantonale Pensionskassenvorlage ergreifen wird, ist noch immer nicht klar. An der Präsidentenkonferenz vom 23. September wollte sich die Geschäftsleitung der SVP ein Bild davon machen, in welche Richtung die Reise gehen wird. Doch die rund 100 Präsidenten der Ortsgruppen kamen in der abschliessenden Konsultativabstimmung zu keinem klaren Ergebnis. Etwa eine Hälfte war für, die andere gegen das Ergreifen eines Referendums. Ohne klares Votum der Präsidenten, wird die Geschäftsleitung aber am 3. Oktober einen Entscheid fällen.

Hermann Rubin-Balmer

Das Ehrenmitglied Hermann Rubin-Balmer, ehemaliger Mitarbeiter des Expertenverbands der Steuerverwaltung, ist in diesem Jahr verstorben. Mit 33 Jahren ist Hermann Rubin-Balmer 1956 dem BSPV beigetreten. Von 1964 an, war er Mitglied des Zentralvorstands. Er gehörte in den 70-er Jahren der Geschäftsleitung des BSPV an. Und am 28. April 1984 wurde er zum Ehrenmitglied ernannt. Mit über 50 Jahren BSPV-Mitgliedschaft, war er dem Verband stets treu. Der BSPV verliert mit Hermann Rubin-Balmer ein aktives Mitglied.

LEBE akzeptiert

Auch von LEBE wird kein Referendum gegen das neue Pensionskassengesetz ergriffen. Der Berufsverband der Lehrerinnen, Lehrer und Schulleitungen akzeptiert zähneknirschend das vom Grossen Rat verabschiedete Pensionskassengesetz, da sich die Finanzlage des Kantons Bern in einer sehr schwierigen Situation befindet. Jedoch erwägt LEBE ernsthaft ein Nein sowohl gegen den Haupt- als auch gegen den Eventualantrag, falls der vorliegende Kompromiss von anderer Seite angegriffen wird.



10 000 Unterschriften wären dazu nötig.

Impressum

diagonal



Offizielles Organ des Bernischen
Staatspersonalverbandes BSPV

Organe officiel de l'Association du
personnel de l'Etat de Berne APEB

www.bspv.ch, sekretariat@bspv.ch

Redaktion

Daniela Zryd
Matthias Burkhalter
Redaktionsadresse:
Postgasse 60, Pf 533
3000 Bern 8
Tel. 031 311 11 66
Fax 031 311 11 18

Übersetzung französisch

Christine Theumann-Monnier

Inseratenverwaltung

Stämpfli Publikationen AG
Wölflistrasse 1
Postfach 8326
3001 Bern
inserate@staempfli.com

Satz, Druck und Spedition

Stämpfli Publikationen AG
Postfach 8326
3001 Bern

Progression salariale fiable

Le Grand Conseil a revu la Loi sur le statut du corps enseignant (LSE). La progression des traitements est désormais régulée de façon plus fiable. Les décisions prises au sujet de la LSE concernent également la Loi sur le personnel (LPers).

46'077.20	47'005.40	48'058.15	49'120.00
46'438.60	47'374.80	48'445.15	49'515.00
46'800.65	47'743.80	48'822.80	49'825.00
46'325.50	47'162.70	48'113.00	49'200.45
46'692.10	47'524.75	48'482.20	49'578.10
47'047.65	47'886.15	48'851.40	49'955.10
47'403.20	48'248.20	49'220.60	50'332.75
47'758.75	48'610.25	49'589.80	50'710.40
48'114.30	48'971.65	49'959.00	51'088.05
48'469.85	49'333.70	50'328.20	51'465.05
48'825.40	49'695.75	50'697.40	51'842.70
49'180.95	50'057.80	51'066.60	52'220.35
49'536.50	50'419.20	51'435.80	52'598.00
49'892.05	50'781.25	51'805.00	52'975.00
50'247.60	51'143.30	52'173.55	53'352.60
50'603.15	51'504.70	52'542.75	53'730.30
50'958.70	51'866.75	52'911.95	54'107.95

Il y aura en moyenne trois échelons de traitement par année.

Zryd

Concessions sur l'évolution des salaires

Le Grand Conseil a très majoritairement approuvé une amélioration de la Loi sur le personnel. A l'avenir, une progression des traitements fiable doit devenir la norme. Cette augmentation devra chaque année correspondre à 1,5% de la masse salariale. Les gains de rotation permettront de dégager une grande partie des moyens nécessaires. Ces gains sont générés grâce au fait que des employés coûtant cher sont régulièrement remplacés par de plus jeunes, qui se situent dans une classe plus basse.

Progression salariale fiable ?

La nouvelle réglementation prévoit qu'en moyenne, trois échelons de traitement peuvent être octroyés par année et par personne. Dans ces conditions, il deviendrait possible d'atteindre le salaire maximal. Les débats au sujet du budget montreront si le Conseil-exécutif et le Grand Conseil vont s'abstenir de toucher à ces moyens. Si tel n'est pas le cas, il faudra en tirer les conséquences lors des élections. Le personnel a besoin de toute urgence d'avoir un employeur et un partenaire social fiable.

De même, des moyens considérables doivent être mis en œuvre pour combler le flagrant retard des salaires qui a vu le jour ces dix dernières années (voir aussi la Loi sur le personnel, art. 75, § 4 dans l'encadré ci-dessous). La situation est délicate et les solutions

portent uniquement sur l'avenir. Ce qui est perdu ne revient malheureusement jamais.

Pas de baisse des salaires réels ?

Les demandes du personnel ont rencontré un bon écho lors de la session de septembre. C'est ce que montre aussi le résultat de la votation portant sur une intervention du groupe PS. La députée Giovanna Battagliero a demandé que le Conseil-exécutif prennent les mesures nécessaires pour que les conséquences des révisions législatives en cours (Loi sur les caisses de pension, Loi sur le personnel) ne conduisent pas à des baisses du salaire net. Le Conseil-exécutif s'est montré prêt à examiner cette demande sous la forme d'un postulat. Par 77 voix contre 53, le Parlement a accepté cette proposition. Voilà qui est réjouissant ! Concrètement, le Conseil-exécutif doit maintenant étudier les mesures à prendre pour qu'en janvier 2015, le personnel de l'Etat ne soit pas moins payé que l'année précédente. C'est une obligation.

Loi sur le personnel, article 75 (nouveau)

- ¹ Le Conseil-exécutif fixe chaque année la part de la masse salariale qui peut être affectée à la progression générale et la progression individuelle des traitements.
- ² La part affectée à la progression individuelle des traitements est fixée de sorte que les objectifs du système salarial puissent être atteints.
- ³ En cas de situation financière exceptionnelle, les moyens peuvent être réduits. Les moyens correspondant au minimum à la progression salariale pouvant être financée dans le cadre de la masse salariale inscrite au budget approuvé sont toutefois garantis.
- ⁴ Le Conseil-exécutif peut en outre réserver des moyens dans le but de combler des retards salariaux.
- ⁵ Ancien alinéa 2.

Le contenu du postulat et la prise de position du Conseil-exécutif sont disponibles sur notre site Internet www.apeb.ch à la rubrique Actions → Interventions parlementaires. Dans la perspective des prochaines élections au Grand Conseil, la liste avec les noms des 53 personnes qui ont dit non et des nombreux absents se trouve également sur notre site.

Progression prévue en matière d'échelons de traitement

Année	Au budget	Issu des gains de rotation	Total	Echelons de traitement En moyenne
2014	1,0%	0,5%	1,5%	3
2015	0,9%	0,6%	1,5%	3
2016	0,7%	0,8%	1,5%	3
2017	0,7%	0,8%	1,5%	3

La politique du personnel se trouve à un tournant

Le Grand Conseil a approuvé la révision de la Loi sur les caisses de pension. Un nouveau paquet d'économies sera débattu au mois de novembre. Les bases d'une nouvelle politique du personnel sont en train d'être jetées.



La Loi sur les caisses de pension a suscité de vifs débats.

Andreas Blatter

Après des années d'incertitude, le domaine du personnel connaît désormais des changements majeurs. Désavantages considérables et acquis importants se partagent le tableau. Seul un référendum risqué peut encore mettre en danger le paquet de mesures. La fiabilité du Conseil-exécutif et du Grand Conseil reste elle aussi incertaine compte tenu de l'évolution financière du budget de l'Etat.

Compromis sur les caisses de pension

Pendant de longues années, l'APEB s'est défendue avec véhémence contre le changement de primauté dans le domaine des

caisses de pension. Avec raison. Car la primauté des cotisations n'amène aucune avantage, c'est certain. En tout cas pas pour tous. Même s'il y a toujours des obstinés pour prétendre encore le contraire. Le système de la primauté des prestations, qui a prévalu pendant des années, avait fait ses preuves. Les rentes étaient prévisibles.

Rentes promises en partie garanties

L'inconvénient majeur du changement de système, c'est la période de transition. La primauté des prestations en vigueur jusqu'à présent avait pour base la solidarité entre les générations. Celle-ci devient désormais largement caduque. La révi-

sion de la loi avait pour objectif principal de compenser cette solidarité pour les collaborateurs de longue date qui, durant leurs jeunes années, s'étaient acquittés de cotisations supplémentaires élevées en faveur des collaborateurs les plus âgés. Avec des contributions de transition de 500 millions de francs, le législateur a maintenant débloqué les moyens nécessaires pour rendre cette transition supportable pour tous. Des contributions individuelles sur plus de dix ans doivent permettre de garantir que les rentes promises sous le régime de la primauté des prestations puissent aussi être atteintes avec la primauté des cotisations. Les bases servant à calculer le montant de cet amortissement reposent toutefois sur des chiffres pas tout à fait corrects. On peut toutefois s'attendre à ce qu'une grande partie des pertes en matière de rentes soit compensée. C'est un résultat non négligeable.

Les contributions seront versées de façon échelonnée pendant dix ans. Les personnes qui quittent leur caisse de pension perdront le reste de la somme à laquelle elles ont droit. Les personnes qui partent à la retraite avant l'expiration du délai obtiendront le reste du crédit dès leur départ. Le personnel de l'Etat a reçu des liens dorés. C'est acceptable. Les commissions administratives des deux caisses de pension vont élaborer et faire connaître les modalités de transition.

Financement total du découvert

Les deux caisses de pension cantonales ont un découvert considérable. Elles n'ont pas le capital suffisant pour pouvoir verser les prestations promises. Cette situation insatisfaisante n'a rien à voir avec le changement de primauté. Elle est due

aux résultats insuffisants des marchés financiers.

Avec la révision de la loi, le Grand Conseil a désormais décidé de combler ce découvert en l'espace de 20 ans. La loi fédérale aurait aussi accepté un délai de 40 ans, de même qu'un taux de couverture de 80% seulement. Mais, pour des questions idéologiques, le législateur a opté pour un remède de cheval, soit 100% en seulement 20 ans. Cela coûtera des milliards. La nouvelle loi prévoit que l'Etat de Berne versera une contribution de 1,7 milliards de francs pour couvrir ce découvert. Quant aux employés, ils devront contribuer financièrement pour combler le reste. Selon le degré de couverture des caisses de pension au moment du changement de primauté, cela conduira à des retenues sur le salaire allant de 1,5% à 2%.

Les contributions cantonales serviront uniquement à combler le découvert pour les retraitées et retraités. Les personnes actives ne doivent pas payer pour ceux qui sont à la retraite. Malheureusement, la facture ne tombe pas tout à fait juste en ce qui concerne la Caisse de pension bernoise ; le Parlement a en effet effectué ses calculs sur la base d'un taux technique de 3% qui ne correspond pas à la réalité. Les assurés actifs devront donc payer annuellement 20 millions de francs par le biais de contributions d'assainissement. La pilule est amère. Mais les 1,7 milliards de francs constituent tout de même une participation considérable de la part de l'employeur.

Eviter de jouer avec le feu

Dans le cadre des délibérations sur la loi, le Grand Conseil a approuvé un projet alternatif qui entend réduire la part cantonale de 1,7 à 1,3 milliards de francs. Si des milieux irresponsables lancent le référendum, le peuple se prononcera sur le montant qu'il veut autoriser. Le résultat du peuple est prévisible. C'est pourquoi les délégués de l'APEB ont décidé à l'unanimité, lors de leur séance du 12 septembre dernier, de ne pas lancer le référendum.

Si le peuple doit voter sur la loi, il se peut aussi que le résultat soit un double

non. La révision de la loi serait ainsi mise en échec. Il faudrait alors repartir de zéro. La primauté des prestations serait maintenue. Mais les contributions d'assainissement et de transition de 2,2 milliards de francs passeraient également à la trappe. Remettre la loi en question, c'est trop jouer avec le feu.

Nouvelle détérioration des conditions

Il est regrettable que la révision de la loi ait entraîné une nouvelle détérioration des conditions. La rente de raccordement financée collectivement, qui permettait un départ anticipé à la retraite entre 60 et 64 ans, respectivement 65 ans, est annulée. Les caisses de pension proposeront probablement une solution de transition financée par leurs propres moyens. Ce serait fort souhaitable. Mais rien n'est sûr. Il faut s'attendre à ce qu'à l'avenir, presque tous collaborateurs et collaboratrices doivent tenir bon au service du canton jusqu'à l'âge de la retraite. Voilà qui conduira à davantage de difficultés en termes de politique du personnel puisque, avec la charge de travail actuelle, certaines personnes ne disposent pas d'une santé suffisamment bonne pour résister à cette charge supplémentaire. Le Conseil-exécutif doit donc déjà réfléchir à la façon dont il entend par la suite se positionner en tant qu'employeur responsable face aux collaborateurs qui n'auront plus une pleine capacité de gain.

Verre à moitié vide ou à moitié plein ?

Lors de cette révision de la loi, l'APEB n'a de loin pas pu atteindre tous ses objectifs. Il n'y a non plus pas de réel compromis entre nos revendications et celles des partisans d'un assainissement éclair. En outre, de nombreuses nouvelles réglementations reposent sur des chiffres incertains voire même sciemment faux. Effectivement, la question se pose : aurait-on pu ou dû obtenir davantage ? Seulement, personne ne sait très bien comment on aurait pu y parvenir. On connaît les groupes majoritaires au Grand Conseil. Pourtant, la manifestation impression-

nante de 20 000 employées et employés en mars 2013 a certainement contribué au fait que, dans la plupart des domaines, ce n'est pas la solution la plus dure qui a été retenue. Il faudra toutefois attendre encore cinq à dix ans pour pouvoir juger de l'ensemble du paquet.

Retraite et primauté des prestations

De nombreux collaborateurs s'adressent à notre secrétariat car ils ont l'intention de quitter plus tôt leur poste en raison des péjorations annoncées avec la Loi sur les caisses de pension. Ils se posent la question du délai pour faire connaître leur démission.

Si la primauté des cotisations entre en vigueur au 1^{er} janvier 2015, la démission doit être annoncée au plus tard le 30 septembre 2014 pour le 31 décembre 2014. Il en va autrement des enseignantes et des professeurs des hautes écoles, qui ne peuvent donner leur démission que pour la fin d'un semestre.

Mais seules les personnes qui auront déjà 60 ans au 31 décembre 2014 profiteront des anciennes dispositions. Il est également possible de prendre une retraite partielle : une partie de la rente sera versée selon le principe de la primauté des prestations et l'autre, plus tard, sous le régime de la primauté des cotisations.

Il n'est toutefois pas possible de démissionner pour le 31 décembre 2014 et de se faire payer son solde d'heures de travail en 2015 sous forme de maintien du versement du salaire. Le solde d'heures de travail doit être utilisé ou payé avant le changement de primauté.

Etant donné que les indispensables dispositions transitoires et les effets du changement de loi ne sont pas encore tous connus, il vaut la peine d'attendre encore avant de se décider définitivement à prendre sa retraite.

diagonal

APEB

www.apeb.ch



14 Sujet politique

Des nouvelles bases

Le Grand Conseil a approuvé la Loi sur les caisses de pension. Un nouveau programme d'économies sera traité en novembre. La politique du personnel se trouve à un tournant.

8 Remarque

Approbation des nouveaux statuts

En juin, l'Assemblée des délégués a approuvé les nouveaux statuts de l'association. Pour les membres, cela n'implique pas de grands changements.

Editorial



Matthias Burkhalter, Peter Bernasconi et Markus Meyer sont prêts à faire des compromis.

Archiv

Les cartes sont sur la table

Le Grand Conseil a joué cartes sur table lors de la session de septembre: un pas en faveur de la Loi sur le personnel et la Loi sur le statut du corps enseignant. En contrepartie, une Loi sur les caisses de pension qui laisse de nombreuses questions encore en suspens.

Matthias Burkhalter, administrateur de l'APEB

Le Grand Conseil a posé les jalons d'une politique du personnel durable. Il faudra voir si les promesses seront tenues.

Le prochain morceau est déjà à l'ordre du jour: le paquet d'économie EOS sera traité lors de la session de novembre. Il prévoit la suppression de 600 postes, ce qui aura des conséquences pour de nombreux employés. Peu de gens perdront leur emploi, mais beaucoup devront changer de lieu de travail. Certains se verront réduire leur taux de travail. Et pour une grande partie des

employés, la charge de travail continuera d'augmenter.

Le service public du canton de Berne va subir un démantèlement massif. Le personnel ne sera pas le seul à en sentir les effets, cela va aussi susciter de la grogne au sein de la population. Ce sont les faibles, les démunis et, une fois de plus, les régions périphériques qui seront touchés. On verra si les partisans des baisses d'impôts porteront la responsabilité de cette situation. Nous pourrions au plus tard avoir voix au chapitre lors des élections de 2014.